

Wie wertvoll ist Soziales?

Einführungsvortrag aus Anlass des Europäischen Verwaltungskongress 2009 in Bremen
Von Michael Schmidt, Vorsitzender der LAG FW Bremen

„Eine Positionsbestimmung zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Ökonomie“
Drei Zwischenrufe und persönliche Schlussfolgerungen

Erster Zwischenruf – Es war einmal:

„Es war einmal ein Mann, der hatte einen Esel, welcher schon lange Jahre unverdrossen die Säcke in die Mühle getragen hatte. Nun aber gingen die Kräfte des Esels zu Ende, so dass er zur Arbeit nicht mehr taugte. Da dachte der Herr daran, ihn wegzugeben. Aber der Esel merkte, dass sein Herr etwas Böses im Sinn hatte, lief fort und machte sich auf den Weg nach Bremen. Dort, so meinte er, könnte er ja Stadtmusikant werden...“

Meine Damen und Herren,

Sie kennen sicher alle das Märchen, das mit diesen Worten beginnt: die altbekannte Geschichte der Bremer Stadtmusikanten. Vier Gestalten, die aus Sicht der Gesellschaft nicht mehr zu gebrauchen sind, weil sie alt, verbraucht, nicht mehr tauglich sind. Sie machen sich auf den Weg nach Bremen. Sie haben scheinbar gehört, dass man hier, in dieser Stadt, auch dann noch wohlgeht, wenn man ansonsten nicht mehr viel zum Bruttosozialprodukt beitragen kann. Da lohnt sich der Weg, denn was besseres als den Tod findet man überall – warum also nicht in Bremen...?

Andererseits: nach moderner Anschauung kommen da vier weitere Sozialfälle auf die ohnehin klamme Stadtkasse zu – vielleicht sogar mit Ansprüchen, die berechtigt sein könnten. Auch wenn sie eine Bedarfsgemeinschaft bilden, muss doch durch die städtischen und kommunalen Sozialleistungen ihr Überleben sichergestellt werden: Wohnungsmiete und Heizkosten vielleicht, schließlich sind sie arbeitslos; vielleicht Eingliederungshilfe wegen einer Behinderung oder schon Hilfe zur Pflege, schließlich sind sie alt und verbraucht, vielleicht auch Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, schließlich sind sie Flüchtlinge. Und wer weiß – eventuell schuldet der Hahn seinen zahllosen Küken Unterhalt – dann wäre auch Unterhaltsvorschuss nötig, denn er selber kann ja nicht zahlen...

Bremen, meine Damen und Herren, hat im Jahr 2007 474 Millionen Euro für Sozialleistungen ausgegeben – Tendenz steigend. In einem bekanntermaßen kleinen Stadtstaat, der als Haushaltsnotlagenland nur noch Pflichtleistungen erbringen kann, sind vier weitere Sozialfälle nicht wirklich gern gesehen. Zum Glück haben die vier sich vor den Toren der Stadt

niedergelassen – irgendwo im Wald des Speckgürtels im niedersächsischen Umland. Und selbst, wenn sie zunächst ihre Selbständigkeit in eine Art Alten-Wohngemeinschaft nach dem Vorbild Hennig Scherfs gesichert haben und ihre neue Situation im Räuberhaus nicht grau, sondern bunt ist, werden auch sie irgendwann Sozialleistungen beantragen. Und dann eben besser anderswo als ausgerechnet im klammen Stadtstaat Bremen...

Zweiter Zwischenruf – Sie hatten (k)ein Wahl – vom Märchen in die Gegenwart

2009 war das Jahr einer Bundestagswahl – und am Abend des 27. September gab es eine wiederum gestärkte „Partei“ in unserem Land: die „Partei der Nichtwähler“.

Sie erhält mehr und mehr Stimmen – allein in Bremen fast 30%. Sie war dies Mal schon deutlich die zweitstärkste Kraft und die einzige, die einen kontinuierlichen Stimmenzuwachs durch die Jahre verbuchen kann. Und will doch eigentlich keine Kraft politischer Gestaltung sein.

Menschen verzichten auf ihr Recht zur politischen Mitbestimmung und dafür mag es viele verschiedene und zum Teil sehr individuelle Gründe geben. Dem nachzugehen ist Aufgabe der Politologen und Statistiker, dem zu begegnen Aufgabe der Politiker, denen ihr Auftraggeber, der Wähler, verloren geht.

Aber ein Zusammenhang ist spätestens seit diesem Jahr besonders auffällig, sowohl für den Bundestrend wie für die Abstimmung im Stadtstaat Bremen. Und sehr bedeutsam für das Fortbestehen unserer demokratischen Grundordnung:

Die Zahl der Nichtwähler ist überall dort überdurchschnittlich hoch, wo besonders viele Menschen arbeitslos oder im Niedriglohnsektor beschäftigt sind.

Wenn man für die Stadt Bremen zwei Grafiken übereinander schiebt, von denen die eine die Wahlbeteiligung in den Stadtteilen zeigt und die andere die Verteilung von Reichtum bzw. Schulden, dann sind sie weitgehend deckungsgleich. In ärmeren Stadtteilen wird weniger gewählt, verzichten Menschen auf das Recht politischer Mitbestimmung.

Die bewusste Zurückhaltung bei der Gestaltung des Gemeinwesens ist damit eine deutlich erkennbare Folge von Armut und sozial schwierigen Lebenslagen. Offensichtlich wächst der Frust über eine Politik, die trotz aller Beteuerungen nicht dazu in der Lage ist, die Situation der Menschen nachhaltig zu verbessern und Auswege aus der Armut aufzuzeigen. Wenn es doch ohne veränderte Wirkung bleibt – oder es vielleicht sogar noch schwieriger wird – wieso soll ich dazu beitragen durch die Abgabe meines Stimmzettels...?

Dritter Zwischenruf: Premiere – oder: was du schwarz auf weiß besitzt...

2009 war das Jahr einer besonderen Buchpremiere – und doch war es nichts neues, was da der interessierten Öffentlichkeit vorgelegt wurde. Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hat im Juni zum ersten Mal nach langem Zögern und Vermeiden einen eigenen Bericht „Lebenslagen in Bremen – Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der

Freien Hansestadt Bremen 2009“ vorgelegt. Nach verschiedenen Armutsberichten der hier in der Nähe gelegenen Arbeitnehmerkammer mit unterschiedlichen Schwerpunkten handelt es sich bei diesem offiziellen um ein 380 Seiten starkes statistisches Gesamtwerk, das die Lebenslagen von Menschen in Bremen detailliert beschreibt. Ein Buch voller Tabellen, Grafiken und Beschreibungen - mit einer ernüchternden Bilanz (siehe ebd. Seite 7):

- Für Ca. 130.000 bis 180.000 Bremerinnen und Bremer besteht ein Armutsrisiko (ca. 20% bis 27 % der Bevölkerung, je nach Definition).
- Der Anteil der von Überschuldung bedrohten oder bereits überschuldeten Privatpersonen und –haushalte liegt in Bremen bundesweit auf Höchstniveau (laut Creditreform Bremen sind es 2009 80.000 Menschen – also 13,9%!).
- 111.000 Menschen sind auf so genannte Transferleistungen wie Hartz IV angewiesen, wobei 23% von ihnen diese zusätzlich zu ihrem Minijob, Teilzeit- oder Vollzeitberuf brauchen.
- Fast ein Drittel der Kinder in dieser Stadt ist auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen.

Diese beeindruckende Aufzählung ließ sich lange fortsetzen und für Frauen wie Männer, Familien wie Alleinerziehende, Kinder wie Ältere Menschen, Zuwanderer und viele andere Personengruppen weiter differenzieren, auf Stadtteile herunter brechen, nach Schulbezirken und Kindergärten gliedern. Die Erkenntnis aber bliebe immer die gleiche: viele, zu viele Menschen in Bremen sind arm oder in einer sozial schwierigen Lebenslage. Und alle Bereiche ihres Lebens, Beruf wie Freizeit, Bildung wie Gesundheit, Wohnung wie Ernährung sind davon beeinflusst.

Und vor allem: Diese Menschen sind nicht nur vorübergehend in dieser Situation sondern auf Dauer, zum Teil in der zweiten oder dritten Generation. Armut und soziale Notlage sind erblich geworden.

In einer Zeit, wo der einen Erbgeneration mittlere oder große Vermögen vererbt werden, erbt die andere die Perspektivlosigkeit ihrer Eltern und Großeltern. Und in einer Stadt wie Bremen geht es dabei nicht um viele Einzelschicksale, die jedes für sich schon schlimm genug wären, sondern es geht um die sichtbare Veränderung der sozialen Gemeinschaft mit Folgen, die wir aus anderen Kontexten schon kennen: in sich geschlossene Parallelgesellschaften, wachsende Gewalt und steigende Kriminalität, Desinteresse und Gleichgültigkeit gegenüber den gesellschaftlichen Prozessen...

Enttäuschend, wenn auch wenig überraschend, ist, dass lediglich sechs (!) der fast 380 Seiten „Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Armutsfolgen“ bieten – und gerade einmal vier (!) davon bezogen sind auf bremische Handlungsfelder. Da können auch zehn Seiten mit Tabellen laufender Maßnahmen nicht über die Tatsache hinweg täuschen, dass es einen „Masterplan zur Armutsbekämpfung“ in Bremen nicht gibt. In Bremen wohl ebenso wenig wie in anderen Städten, Kreisen oder Bundesländern.

Denn mittlerweile füllen unzählige Analysen die Regale und ist die Literatur zur Armutsforschung und -beschreibung so umfangreich geworden, dass kaum noch jemand den Überblick hat.

Aber je größer und umfangreicher dieses Problem für unsere Gesellschaft und ihre demokratischen Strukturen wird, um so weniger scheint unserer Gesellschaft das Soziale wert zu sein:

Sozialleistungen stehe im Verdacht, die Haushalte zu sehr zu belasten, aufgebläht zu sein, überzogen, zu teuer.

Menschen, die Sozialleistungen beanspruchen, stehen im Verdacht, Sozialschmarotzer zu sein und auch der Kurs der neuen Bundesregierung signalisiert sehr deutlich: Wir können – oder sollte ich besser sagen: wir wollen (?) uns nicht mehr so viel Soziales leisten wie noch vor wenigen Jahrzehnten.

Denn mittlerweile mutet es fast wie ein Märchen an, dass Bremen einstmals eine Vorzeigekommune war z. B. bei der Psychiatriereform in den 1980er Jahren oder der selbstverständlichen Integration behinderter Kinder in Regeleinrichtungen. Zu jener Zeit hat man sich das Soziale was kosten lassen – es ging erst um den Menschen und das, was für sein Leben sachlich und fachlich geboten war. Dann kam der Preis. Es war einmal – das war einmal...

Und nun...? Meine Schlussfolgerungen:

Was es braucht? Gerechtigkeit!

Wie wertvoll, meine Damen und Herren, ist das Soziale dieser Gesellschaft – und wie bemisst sich dieser Wert? In Euro und Cent oder gibt es andere Maßstäbe, die den Wert für unsere Gesellschaft abbilden?

Die Armutsquote in Deutschland steigt. Lag sie 1973 noch bei 8,7% der Bevölkerung, so waren es 2000 bereits 13,5% und 2005 17% - Tendenz noch immer steigend. Andererseits ist **Deutschland ein reiches Land**. Noch nie in der Geschichte verfügten Menschen in unserem Land über so umfangreiche Einkommen und Vermögen. Auch der gesamtwirtschaftliche Reichtum ist in den letzten Jahren trotz aller wirtschaftlichen Probleme weiter gewachsen und weltweit gehört Deutschland sogar in den Zeiten der Wirtschaftskrise noch zu den Gewinnern der Globalisierung.

Doch die Kluft zwischen Reichen und Armen wird größer – in Bremen wie überall. Die Chancen zur gerechten Teilhabe sinken für viele Millionen Menschen drastisch und der soziale Frieden ist gefährdet, eben weil die **Ungleichheit wächst**. In Deutschland ist besonders Vermögen zunehmend ungleich verteilt. Inzwischen verfügt das reichste Zehntel der Bevölkerung nahezu über die Hälfte des gesamten Privatvermögens. Dagegen besitzt das untere Zehntel nicht viel mehr als fünf Prozent. Löhne liegen immer öfter unterhalb des Existenzminimums, während die

Gehälter von Spitzenverdienern explodieren und schon wieder Boni an die Zocker der Banken ausgeschüttet werden.

In der Einleitung konnten Sie über die Bedeutung der Knappen Kassen und des Demographischen Wandel für die kommunalen und öffentlichen Haushalte lesen. Damit wird deutlich, dass neben der schon jetzt übergroßen Kinderarmut eine noch größere Welle der Altersarmut auf uns zurollt, deren erste Ausläufer die Haushalte schon erreicht haben. Gebrochene und löchrige Erwerbsbiographien, gescheiterte und geschiedene Partnerschaften und Singlebiographien ohne familiäres Netz oder die lebenslange Abhängigkeit von Transferleistungen führen dazu, dass das Ausmaß der Bedürftigkeit und an sozialen Hilfeleistungen weiter sehr stark wächst.

Zugleich wird ein Engagement wie z. B. Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen noch immer nicht ausreichend bei der Daseinsvorsorge berücksichtigt – soziales Handeln bringt zu wenig Rentenpunkte und verhindert die private Altersvorsorge. Und Leistungen der Daseinsvorsorge werden zunehmend teilprivatisiert, nach der Rente nun die Pflege – andere solidarische Systeme wie z. B. die Krankenversicherung werden ausgehöhlt. Menschen bleiben ihr Leben lang angewiesen auf Transferleistungen...

- Verwundert es da, wenn viele sich enttäuscht von der Politik zurück ziehen, weil sie von den politisch-gestaltenden Kräften nichts mehr für die Besserung ihrer Verhältnisse erwarten?
- Haben sie vielleicht sogar Recht, wenn sie sich z. B. Bildungsanstrengungen verweigern, weil sie realistisch sehen, dass sie trotzdem nicht aus ihrer sozialen Schicht herauskommen: „arm geboren – arm geblieben – arm gestorben“?
- Überrascht es noch, wenn Menschen versucht sind, einfachen Parolen zu folgen und radikale Lösungen nicht mehr ausschließen?

Denn Armut und die damit verbundene Ausgrenzung sind relative Begriffe, sie sind neben statistisch erfassbaren und definierten Größen auch gefühlte Werte. Auch Gerechtigkeit ist ein relativer Begriff! Wir werden also nicht umhin kommen, den Gerechtigkeitsbegriff immer wieder neu zu definieren und daraus die Maßstäbe des Sozialen herzuleiten.

Der Gerechtigkeitsbegriff ist vielgestaltig. Wir sprechen z. B. von:

- Teilhabegerechtigkeit: Teilhabe an den Grundgütern der Gesellschaft, also gleichsam konditionale Güter, die eine selbständige und eigenverantwortliche Lebensführung ermöglichen wie z. B. Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit durch Arbeit...
- Befähigungsgerechtigkeit, die dafür Sorge zu tragen hat, dass alle Menschen befähigt werden, durch Bildung und Beruf für sich zu sorgen und in der Lage sind, ihre demokratischen Rechte zu nutzen

- Bedarfsgerechtigkeit, die allen Bürgern einen fairen Anteil an materiellen Gütern gibt, auch denen, die dazu selber aufgrund persönlicher Voraussetzungen nicht in der Lage sind.

Und jeder Gerechtigkeitsbegriff ist nicht allein im Hinblick auf die jetzt lebenden Menschen zu diskutieren. Unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit müssen auch die künftigen Generationen, unsere Kinder und Enkel, in den Blick kommen. Dies gilt sowohl für die Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme wie Pflege oder Rente als auch für die globalen Fragen von Klima oder Ressourcenverbrauch.

Immer geht es um soziale Gerechtigkeit – nicht um Barmherzigkeit oder Almosen. Denn die Aufgabe jeder Sozialpolitik in der so genannten sozialen Marktwirtschaft, die sich der Idee sozialer Gerechtigkeit verpflichtet weiß, ist doch, durch das Zusammenspiel von Teilhabe-, Befähigungs- und Bedarfsgerechtigkeit ein grundlegendes Maß an Gleichheit aller Menschen zu ermöglichen, speziell Chancengleichheit. Damit ist anderes gemeint als Gleichmacherei. Vielmehr geht es um die Notwendigkeit, eine besondere sozialstaatliche Option für die Armen, Schwachen und Benachteiligten auszuüben. Wer in besonderer Weise Nachteile hinnehmen muss z. B. aufgrund einer Behinderung oder sozialer Ausgrenzung, der muss auch eine besondere Förderung erhalten, die diese Nachteile nach Möglichkeit ausgleicht.

Dabei wird es für die Herausforderungen der Zukunft sicher zu kurz greifen, wenn sich die sozialen Sicherungssysteme fast ausschließlich auf den Wert „Arbeit“ und die damit verbundenen Abgaben stützen, auch wenn inzwischen sogar der Umbau zur Teilkaskoversicherung eingeleitet ist, in der mehr und mehr Risikoanteile privatisiert werden. Oder – um es noch deutlicher zu sagen: Ein Bundesstaat, der sich selber durch Steuerverzicht arm und die wenigen Reichen reicher macht, der soziale Lasten von heute als Schulden auf morgen verschiebt bzw. die Ausgabenlast in die Länder und Kommunen delegiert, gefährdet seine demokratische Zukunft.

Vielmehr braucht es ein Staatssystem, das der sozialen Frage entscheidenden Wert beimisst und sich für die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit ausrüstet und finanziell ausstattet. Es braucht eine politische Kultur, die soziales Handeln nicht nach vorher definierten und gedeckelten Haushaltsansätzen definiert, sondern die Haushaltsansätze den sozialen Notwendigkeiten anpasst und dann nach Finanzierungsmöglichkeiten fragt.

Der Diskurs der Werte – ein wertvoller Diskurs

Wie kann unter den unbestrittenen ökonomischen Zwängen der politische Diskurs über die Zukunft unserer Zivilgesellschaft geführt werden? Und wie kann zugleich eine Balance geschaffen werden zwischen den ökonomischen Vorgaben, der notwendigen strukturellen Gerechtigkeit und individueller Solidarität in Familien oder anderen sozialen Netzwerken? Wie

können wir – besonders auf der lokalen Ebene – ein Gemeinwesen gestalten, das sich am Gemeinwohl – am gemeinsamen Wohl aller Menschen orientiert?

Was dazu nach meiner Ansicht fehlt, ist ein breiter gesellschaftlicher Diskurs über die Werte und Wertigkeiten unseres Zusammenlebens. An vielen Stellen setzen wir ein gemeinsames Menschenbild voraus – stillschweigend, jedoch sehr diffus. Aber wenn es darum geht, die grundsätzlichen gleichen Anspruchsrechte aller Menschen zu verwirklichen – unabhängig von weltanschaulichen, ethnischen, geschlechtsspezifischen, ökonomischen oder gesundheitlichen Bedingungen, - wenn es also darum geht, den Begriff „Würde des Menschen“ zu füllen, dann kommen wir um einen Diskurs der Werte nicht mehr herum.

Wir werden neu definieren müssen, wie würdevolles Leben in unserer Gesellschaft aussehen soll und werden sagen müssen, was das wert ist, was wir bereit sind, dafür zu investieren. Diesen Diskurs müssen die christlichen und humanistischen Weltanschauungen, die politischen Parteien und die anderen wertegebundenen Institutionen miteinander führen. Dass ich dabei – aufgrund meiner Profession – für eine bestimmte Sichtweise eintrete und streite – wird Sie sicher nicht verwundern.

Denn die Werte des Zusammenlebens können wir Menschen uns nicht selbst geben – wollen wir nicht in Gefahr geraten, den Wert des Lebens z. B. per Mehrheitsentscheidung oder ökonomischer Bilanz zu bestimmen. Philosophien wie die eines Peter Singers oder Unrechtsregime wie das eines Nicolai Ceausescu in Rumänien sollten uns eine eindrückliche Warnung und geschichtliche Lehre sein, von der deutschen Geschichte muss ich erst gar nicht reden.

Unsere Wertvorstellungen und damit unser Menschenbild sind geprägt von der antiken griechischen Philosophie und der jüdisch-christlichen Tradition. Auch wenn man die Glaubensüberzeugungen nicht teilt, so hat doch das jüdisch-christliche Menschenbild Eingang gefunden in die allgemeine Definition der Menschenrechte und wurde zur Grundlage unseres Grundgesetzes. Wie sich daraus aber unter den jeweiligen gesellschaftlichen Gegebenheiten und wissenschaftlichen Erkenntnissen die Würde des Menschen definiert, darüber muss gestritten und diskutiert werden. Wie weit geht das Recht des Menschen auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung und was braucht er dazu? Wie teuer darf eine medizinische Behandlung auch in hohem Alter noch sein – und wo liegt der Bedarfsatz eines Kindes bei Hartz IV? Wie weit müssen Arbeitslose gefördert werden, ehe sie gefordert werden können – ohne überfordert zu werden?

Dabei ist der Diskurs keine alleinige Aufgabe der Gesellschafts- oder Sozialwissenschaften. Auch die Wirtschaft muss sagen, nach welchem Menschenbild sie ihre Prozesse organisiert und das Baurecht muss wissen, für welche Menschen es Straßen baut und Wohngebiete erschließt. Die soziale Frage zu stellen und dem eigenen Handeln zu Grunde zu legen ist eine Querschnittsaufgabe durch alle Ressorts und Abteilungen.

Und was derzeit ebenso fehlt, ist ein Diskurs über den vielfältigen Reichtum der Gesellschaft, den materiellen wie den ideellen, und darüber, wie dieser Reichtum erschlossen und für alle nutzbar gemacht werden kann. Damit Sie mich nicht falsch verstehen: ich bin nicht Robin Hood, der es den Reichen nehmen und unter die Armen verteilen will. Aber die Frage nach der Gerechtigkeit und dem Wert des Sozialen ist auch die Frage, was die Starken mehr für das Gelingen der Gemeinschaft beitragen können, von dem letztlich sie selbst auch profitieren. Auch ihre Autos fahren auf öffentlichen Straßen, auch sie besuchen Kultureinrichtungen und wollen in öffentlichen Parks spazieren gehen, auch sie fragen nach öffentlicher Sicherheit und wollen sich nicht hinter Stacheldrahtzäunen in hoch gesicherten Stadtvierteln verstecken müssen.

Den Ausgleich gestalten

Aus meiner Sicht als christlicher Theologe und Vertreter der freien Wohlfahrtspflege geht es darum eine Gesellschaft zu gestalten, die alle Menschen gleichberechtigt und mit Würde einbezieht, unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit oder Leistungskraft. Der Mensch ist mehr, als er monatlich verdient und sein Wert lässt sich nicht an Soll oder Haben des Kontos ablesen. Auch nicht an den Kosten, die er im Sozialhaushalt verursacht.

Zur lebenswerten Gestaltung der Gesellschaft müssen alle im Rahmen ihrer Möglichkeiten beitragen. Ohne eine simple Umverteilung zu fordern, müssen finanziell Starke und Vermögende mehr Verantwortung für den sozialen Ausgleich übernehmen als bisher. Ihr Reichtum verpflichtet sie – freiwillig oder politisch reguliert!

Und wo der Einzelne für sich oder seine Familie allein nicht ausreichend sorgen kann, ist es ein wesentliche Aufgabe des politischen Gemeinwesens, die Lebensbereiche und die Daseinsvorsorge abzusichern. Die drohende Altersarmut muss auf diese Weise verhindert, die gegenwärtige Armut von Kindern und Jugendlichen nachhaltig bekämpft werden. Und die schon jetzt ausgegrenzten Randgruppen wie Migranten oder Wohnungslose oder die Benachteiligten wie Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen müssen mehr Chancen zur Integration erhalten. Gerade für die heranwachsende Generation ist die verantwortliche Mitgestaltung der Gesellschaft wie auch die Verantwortung für das eigene Leben eine wichtige Zukunftsaufgabe. Das Bildungssystem, das zurzeit die Ungleichheit eher verstärkt, muss alle jungen Menschen zu einer gerechten und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft befähigen.

Und als weltweit tätiger Wohlfahrtsverband wissen wir um die globale Dimension unseres Handelns. Der Reichtum der Industriestaaten ist erkaufte mit der bitteren, tödlichen Armut in Ländern Asiens, Afrikas oder Südamerikas. So, wie die Finanzströme und –verflechtungen globalen Ausmaßes sind, so endet auch unsere Verantwortung für ein gerechtes Miteinander nicht an den Grenzen Europas. Nur durch faire Handelsbeziehungen und entschiedene Entwicklungspartnerschaften treten wir wirksam für die Menschenrechte ein und können

Menschen davon überzeugen, dass Gewalt und Terror ihre Lebenssituation nicht wirklich verbessern.

2010 soll das europäische Jahr gegen Armut und Ausgrenzung sein. Für unsere Gesellschaft ist dies aber nicht ein einmaliges Projekt sondern eine immerwährende Aufgabe, damit alle Menschen ein wertvolles, würdiges Leben führen können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.